Die Preisbildung des Getreides in Deutschland während der letzten 50 Jahre.

Inaugural=Dissertation

zur Erlangung der Würde eines
Doktors der Staatswissenschaften
der
Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der
Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

vorgelegt von
Carl Schwalb
aus Potsdam

Referent: Prof. Dr. G. Aubin.

Auszug.

Druck von Th. Krell, Charlbg., Krummestr. 38-39
1923.

Die Preisbildung des Getreides in Deutschland während der letzten 50 Jahre.

Seitdem das deutsche Wirtschaftsgebiet zu seiner Versorgung mit Weizen und Roggen ausländischer Provenienzen bedarf, weist der deutsche Getreideverkehr zwei gegensätzliche Organisationsformen auf: freiesten Handel bei Getreideüberfluß und offenen Grenzen einerseits und zwangsmäßige Getreidebewirtschaftung bei knappen Vorräten auf einem abgeschlossenen Gebiet andererseits.

I. Freie Wirtschaft.

Für die Preisbildung während der ersten Periode ist die Grundlage der Bedarf an Brotgetreide und die entsprechenden Deckungsmöglichkeiten. Der Bedarf des deutschen Marktes an Weizen nahm seit 1875 so bedeutend zu, daß die Steigerung der inländischen Produktion nicht Schritt halten konnte. Der Import, angeregt durch die lebhafte Nachfrage nach ausländischen Provenienzen, war in dem letzten Jahrzehnt vor dem Kriege fast halb so groß als die eigene Erzeugung, ein Größenverhältnis, das Deutschland zu einem wichtigen Faktor auf dem Weltmarkt machte. Auch der Roggenbedarf ist entsprechend der Bevölkerungsvermehrung gestiegen. Er äußerte sich bis 1879 in einer Jahr für Jahr zunehmenden Einfuhr, wurde aber dann durch die ergiebigere Produktion auf den inländischen Markt konzentriert. — Die Deckung des Bedarfes geschah in erster Linie durch die eigene Produktion. Die Größe und Güte der deutschen Weizenernte wirkte sich bis zu Beginn der neunziger Jahre in ausgeprägtem Maße auf den Preis aus, da wegen des Zolles

ein Export unmöglich war; als nach Aufhebung des Identitätsnachweises lokale Ueberschüsse abfließen konnten und durch Einfuhrscheine der Import erleichtert wurde, kamen Weltmarkteinflüsse stärker zur Geltung. Für Roggen konzentrierten sich Weltnachfrage und -angebot in Deutschland. Der Preis war vielfach durch die Lage des Weizenmarktes bestimmt. — Durch den Einfuhrbedarf übertrug sich die Preisbildung des Weltmarktes auf den Binnenmarkt. Als Lieferungsgebiete sind in der Hauptsache Amerika, Rußland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Argentinien zu nennen. Der jeweilige Anteil jedes Landes am Gesamtgetreideimport wechselte. Der Wettbewerb schaltete die schwächeren Konkurrenten aus, sodaß zeitweilig das billigst liefernde Land, Argentinien, den größten Einfluß gewann. Als Markterscheinungen besonderer Art stellten sich vier große Korner dar, die von Amerka ausgehend, eine Teuerungswelle über die Welt warfen. — Die Beeinflussung der Preise durch den Schutzzoll äußerte sich verschieden je nach Dringlichkeit von Angebot und Nachfrage. Das Ueberwiegen der Nachfrage gestatteten ein Ueberwälzen des Zollbetrages; ein relativ großes Angebot zwang den Importeur, einen Teil des Zolles durch einen Preisabschlag zu übernehmen. Nach Aufhebung des Identitätsnachweises im Jahre 1894 fiel diese Erscheinung fort: der Zoll äußerte sich in dem Wert der Einfuhrscheine und kam als Preisaufschlag in Geltung.

II. Die Zwangswirtschaft.

Die kriegsmäßige Bewirtschaftung veränderte die Form der Preisbildung. Durch eine bis ins Kleinste gehende Organisation mußte Ersatz für die fehlenden Mengen geschaffen werden. Das Gesetz vom 4. 8. 1914 bestand noch auf Dezentralisation, indem lokale Behörden die Kompetenz zu Höchstpreisverordnungen erhielten. Den eigentlichen Bau schuf erst die Verordnung vom 25. 1. 1915 über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl. Die Festsetzung des Preises geschah durch den Bundesrat vor der Ernte eines jeden Jahres. — Das Ziel dieser Politik war der „angemessene Preis“. In den ersten Jahren des Krieges wurde er als Schutz der Konsumenten gegen den Handel ausgelegt. Erst als sich die

Schädigung der Landwirtschaft durch den Preisdruck herausstellte, brach sich die Auffassung Bahn, daß der beste Konsumentenschutz in einer vernünftigen Produzentenpolitik lag. Richtunggebend war hierfür das „Professorenprogramm“ vom 10. 2. 1917, welches eine Systematisierung und Preispolitik nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten anstrebte. Die Grundsätze ließen sich nicht durchführen. Es ergab sich im Jahre 1920 ein Einfuhrbedarf von 2,5 Millionen Tonnen, und da er zum größten Teil auf dem Produktionsrückgang und der mangelnden Ablieferungsfreudigkeit beruhte, bestand ein Reformbedürfnis. — Das Umlageverfahren sollte die günstigen Wirkungen freier Preisbildung mit denen der Zwangswirtschaft verbinden. Das Umlagegetreide erhielt seinen festen Preis; die übrige Ware unterlag in der Preisbildung jedoch weniger den Quantitätseinflüssen als der Tendenz des Devisenmarktes. Obwohl die Landwirtschaft hierin ein Aequivalent für ihre Sonderbelastung hatte, lassen sich ungünstige Wirkungen nicht verkennen.

Die Erfahrungen der Kriegszeit haben gezeigt, daß sich der komplizierte Getreideverkehr nicht für staatliche Reglementierung eignet. Da auch das Umlageverfahren nicht als Definitivum aufgefaßt werden kann, ergibt sich die Notwendigkeit, zum freien Handel überzugehen, um dem Landwirt das Interesse an vermehrter Intensität zu erhalten und somit den größten Rohertrag aus deutschem Boden zu erlangen.